

Rede zu Top 9 STVV 3.4.14, Stellungnahmen zur Aufstellung sachl. Teilplan erneuerbare Energien von Doris Sterzelmaier

Sehr geehrte Frau Stadtverordnetenvorsteherin,

sehr geehrte Damen und Herren,

Die Energiewende muss kommen und sie soll erfolgreich sein, das ist das Ziel.

Alle wissen, die fossilen Energieträger sind endlich und bei zunehmendem Verbrauch der Schwellenländer steigen die Kosten.

Das Klima schützen geht nur über eine massive Reduzierung des CO<sub>2</sub> Ausstoßes. Das ist seit langem bekannt und von uns Grünen immer wieder gefordert .

Dabei ist die Kohle und besonders die Braunkohle sehr klimaschädlich und im Tagebau -siehe Garzweiler mit seinen insgesamt 84 Quadratkilometern- ein Raubbau an der Natur und dem Landschaftsbild. Ganz zu schweigen von den Umsiedlungen ganzer Dörfer.

Seit Fukushima im März 2011 besteht ein gesellschaftlicher Konsens zum Ausstieg aus der Atomkraft, den wir Grüne auch seit langem gefordert haben.

Die Bundesregierung hat endlich die Energiewende ausgerufen.

Wir brauchen die regenerativen Energien. Besonders geht es hier um die Nutzung von Sonnen- und Windkraft.

Der BUND hat es in seiner Stellungnahme sehr deutlich gemacht:

Pro Quadratmeter Fläche liefert die Biomasse 2-4 kWh Strom, Photovoltaik 30 – 100 kWh Strom und die Windkraft 3.000 kWh Strom, pro Jahr. Weiterhin heißt es, dass die erneuerbaren Energien dezentral und verbrauchsnahe erzeugt werden und dadurch weniger zusätzliche Überlandleitungen gebraucht werden.

Von dieser großen Effizienz bei der Windkraft im Vergleich zur Fläche, hat Hessen noch Nachholbedarf. Hessen liegt bei nur 12 % Windenergie – bundesweit sind es 25 %.

Die Regelungen über den Ausbau der erneuerbaren Energien werden für Südhessen im Regionalplan - hier im Teilplan erneuerbare Energien- jetzt festgelegt. Dieser Plan liegt derzeit offen und die Stellungnahmen werden abgegeben.

So ist es gut, dass auch Bensheim seine Stellungnahme abgibt und sich positiv zur Nutzung von Windenergie ausspricht.

Im Regionalplan Südhessen ist für Bensheim ein Vorranggebiet ausgewiesen. Dies ist der Haurod an der östl. Gemarkungsgrenze und hat eine Größe von 42,5 ha.

Wir begrüßen die Ausweisung dieses Vorranggebietes, welches wir von Bensheim aus bei der Stellungnahme 2012 vorgeschlagen hatten. Mit Bedauern, haben wir jedoch zur Kenntnis genommen, dass nur dieses eine Vorranggebiet im Plan enthalten ist.

Als Ziel für Hessen sollen 2% der Landesfläche als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Die Ballungsräume und windarmen Regionen fallen weg, so dass die anderen Gebiete mit der entsprechenden Windleistung dies auffangen müssen. Bensheim liegt zur Hälfte in der Ebene, im Ried und zur anderen Hälfte im Odenwald. Wir haben nun mit 42,5 ha lediglich 0,75 % statt 2 % als Vorranggebiet zugeteilt bekommen.

Die Stellungnahmen zum Regionalplan werden nach der Offenlage, die am 24.4. endet, geprüft und abgewogen. Wir dürfen gespannt sein, ob die 2 % der Landesfläche für Windkraft am Ende erreicht wurden und wo noch nachgebessert werden muss.

Die heute vorliegende positive Stellungnahme der Stadt unterstützen wir.

Wo und wann Windkraftanlagen in Bensheim errichtet werden, ist sorgsam zu planen und hierbei selbstverständlich die Bevölkerung einzubinden. Nur gemeinsam kann so ein Projekt getragen werden und der vor Ort erzeugte Strom soll dann auch den Bensheimern zu Gute kommen. Daher ist eine Beteiligung der Bevölkerung von der Planung bis zur Errichtung wichtig.

Deshalb sind wir auch dafür, dass es nach der Sommerpause eine Bürgerinformationsveranstaltung dazu gibt und werden- wie im Bauausschuss bereits beschlossenen- dem geänderten Antrag der SPD zustimmen.

Aber einer Verschiebung der Stellungnahme der Stadt nach Fristablauf der Offenlage lehnen wir ab. Wir wollen über die Stellungnahme heute beschließen, so dass das Schreiben der Stadt noch vor dem 24.4. an die Regionalversammlung gesendet werden kann.

Zum Antrag der BFB: Die beiden erstgenannten Punkte lehnen wir ab, die Formulierung in der Stellungnahme der Stadt halten wir für richtig und die Prüfung der Naturschutzfachlichen Einwände ist Aufgabe der Regionalversammlung und Fachbehörde bei der Abwägung und nicht unsere Aufgabe in der Stadt.

Dem 3. Punkt stimmen wir zu. Energiegewinnung durch Biomasse nur durch Bioabfall, Restholz und Gülle und kein Pflanzenanbau auf landwirtschaftlichen und geschützten Flächen. Diese sind uns dafür zu wertvoll. Diese Position haben wir bereits bei vergangenen Anträgen so eingenommen und werden diese auch beibehalten. Wir erwarten, dass für den Kreis Bergstraße die Anlage in Heppenheim beim ZAKB diese Funktion erfüllen wird.

Der Verwaltungsvorlage stimmen wir zu.